



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 14.6.2005

Nutznießer sind die Zuhälter

Zum Bericht „Bordellbetreiber rechnen mit Kunden aus weiten Teilen Mittelhessens“ am 24. Mai:

Mai:

Laut OP vom 24. Mai soll das ehemalige Geschäftsgebäude einer Computerfirma in der Siemensstraße als großer Bordellbetrieb mit Tabledance und Sexshop genutzt werden, und die „Betreiber“ des Ganzen rechnen mit „Kunden aus weiten Teilen Mittelhessens“.

Obwohl ein Antrag auf Nutzungsänderung des Hauses Nr. 10 bei der Stadt noch nicht vorliegt, berichtet die OP bereits über die „ersten Reparaturarbeiten“ und das, was besagte Kunden dort demnächst erwarten soll.

Wer immer darüber zu befinden hat, ob diesem Antrag stattgegeben wird oder nicht, sollte folgende Fakten im Hin-

terkopf haben: Die von Deutschland mit unterzeichnete UNO-Konvention sagt: „Prostitution und ihre Begleiterscheinungen wie Menschenhandel sind mit der Würde und dem Wert des Menschen unvereinbar.“ Dass die rot-grüne Regierung 2002 die Prostitution dennoch zu einer Dienstleistung machte, geschah mit der Absicht, Prostituierten den Zugang zur Sozialversicherung zu ermöglichen, der ihnen bis dahin verschlossen war.

Für die mindestens 230 000 ausländischen Prostituierten, von denen die meisten illegal hier arbeiten (100 000 derselben laut BKA-Schätzungen als Zwangsprostituierte), ist das Gesetz ohnehin bedeutungslos. Ihre „Arbeitsbedingungen“ sind von Rechtslosigkeit und Ausbeutung gekennzeichnet und eine Schande für einen de-

mokratischen Rechtsstaat. Hinzu kommt: Ausgerechnet das Prostitutionsgesetz hat es den Ermittlungsbehörden nahezu unmöglich gemacht, das Rotlichtmilieu zu kontrollieren und Menschenhandel und Zwangsprostitution auf die Spur zu kommen.

Die großen Nutznießer des höchst umstrittenen Gesetzes sind die Zuhälter und Bordellbetreiber, die enorme Gewinne machen.

Sollten also die Verantwortlichen dem Antrag auf Nutzungsänderung stattgeben, würden sie sich über diese Tatsachen hinwegsetzen und die Möglichkeit der sexuellen Ausbeutung von Menschenhandelsopfern durch „Freier“ auch vor unserer Haustür billigend in Kauf nehmen.

OP v. 14.06.05